

**Perzipierte Ungleichheit und politische Nachfrage**

*Ursula Dallinger*

*KZfSS 73, 2021: 473-500*

**Zusammenfassung:** Nach einer neueren sozialwissenschaftlichen Debatte nehmen die Bürger die Einkommensungleichheit eher ungenau wahr, was auch ihre Akzeptanz verteilungspolitischer Programme beeinflusst. Die Studie, über die der Artikel berichtet, prüft, ob sich das am Beispiel der Vermögensteuer bestätigen lässt. Die Vermögensteuer wurde in Deutschland 1996 ausgesetzt, jedoch ringt die Politik seit Jahren um ihre Wiedereinführung. Vor dem Hintergrund der Debatte um verzerrte Perzeptionen bei der Formation verteilungspolitischer Präferenzen fragt der Beitrag erstens, wie genau die existierende Steuerlast wohlhabender Haushalte durch den Spitzensteuersatz für Einkommen eingeschätzt wird und ob ein Bias Folgen für die Unterstützung einer Vermögensteuer hat. Ausgehend von Ansätzen, die Massenmedien eine wichtige Rolle bei der Formation verteilungspolitischer Präferenzen zuschreiben, wird zweitens der Einfluss medialer Rahmen zur Vermögensteuer auf die Akzeptanz dieses Instruments überprüft. Nach den Daten eines Onlinesurveys wird die Belastung durch die Spitzensteuer eher zu hoch eingeschätzt. Je stärker diese Steuer überschätzt wird, desto geringer ist die politische Unterstützung einer Vermögensteuer. Framingexperimente mit randomisierten Kontroll- und Treatmentgruppen im Rahmen des Surveys bilden aktuelle Diskurse um die Vermögensteuer ab und rekonstruieren positive Frames – Vermögensteuern als investitionsfördernde Steuerreform, als Beitrag zum Abbau von Staatsschulden durch Corona, wie auch ablehnende Frames – Einschränkung von Investitionen und Verlust von Arbeit bei Belastung der Unternehmen. Das Verfügbarmachen möglicher Arbeitsplatzverluste senkt die Unterstützung einer Vermögensteuer höchst signifikant. Die mehrheitlich starke Zustimmung fällt auf die mittlere Kategorie „teils/teils“ ab, ein Signal der Unentschiedenheit. Das Ringen um Benennungsmacht ist also offen. Die Unterstützung einer Vermögensteuer wird unsicher, je mehr politische Kommunikation den Rahmen bedrohter Arbeitsplätze aktiviert.

**Schlüsselwörter:** Vermögensteuer · Präferenzformation · Wahrnehmungsbias · Politische Unterstützung · Öffentliche Meinung

**Abstract:** According to a recent social science debate, citizens tend to perceive income inequality rather inaccurately, which also influences their acceptance of redistributive policy programmes. The study reported in this article examines whether this can be confirmed using the example of the wealth tax. The wealth tax was suspended in Germany in 1996, but politicians have been debating its reintroduction for several years. Against the background of the debate on biased perceptions in the formation of distributional policy preferences, the article asks, first, how accurately the existing tax burden on wealthy households through the top income tax rate is assessed and whether a bias has consequences for the support of a wealth tax. Second, based on approaches that attribute an important role to mass media in the formation of distributional policy preferences, the influence of media framing on the acceptance of this controversial instrument is examined. According to data from an online survey, the burden of the top income tax tends to be overestimated. The more the tax is overestimated, the lower the

political support for a wealth tax. Framing experiments with randomized control and treatment groups have mapped current discourses around the wealth tax and reconstructed positive frames—wealth taxes as an investment promoting tax reform, as a contribution to the reduction of national debt caused by the coronavirus pandemic—as well as negative frames—restriction of investments and loss of jobs if companies are burdened. Exposing potential job losses significantly lowers the support for a wealth tax. Strong support drops to the middle category of “partly/partly,” a signal of indecision. The struggle for naming power is thus open. Support for a property tax becomes uncertain the more that political communication activates the framework of threatened jobs.

**Keywords:** Wealth tax · Preference formation · Perception bias · Political support · Public opinion

**Ursula Dallinger**

Fachbereich IV, Abteilung Soziologie, Universität Trier  
54286 Trier, Deutschland  
dallinger@uni-trier.de

## **How the Welfare-State Regime Shapes the Gap in Subjective Well-Being Between People With and Without Disabilities**

*Andreas Hadjar · Edith Kotitschke*  
*KZfSS 73, 2021: 501-525*

**Abstract:** This paper focuses on disability, an under-researched area of inequality, and subjective well-being. According to social production function theory, people with a disability do not have the same opportunities as people without disabilities to obtain resources, instrumental goals, and ultimately subjective well-being. Social participation and employment seem to be crucial mechanisms behind such disparities. The social system of a country (macro level) also shapes the gap in subjective well-being between both groups. The main objective of this paper is to analyse the gap in subjective well-being between people with and without disabilities. How is this gap linked to social participation and labour market integration, and how does the welfare-state regime shape the gap in subjective well-being between people with and without disabilities? The core of this research are multilevel analyses of cumulative European Social Survey data from 31 European countries. The results reveal that people with disabilities show significantly lower subjective well-being than people without disabilities. Welfare-state regimes have an effect on this gap, with social-democratic (and family-oriented) Nordic countries performing best in providing equal living conditions for people with and without disabilities.

**Keywords:** Social policy · Inclusion · Wellbeing · Inequalities · Multilevel analysis

**Zusammenfassungen:** Der vorliegende Beitrag nimmt Behinderung, eine wenig beleuchtete Ungleichheitsachse, und subjektives Wohlbefinden in den Blick. Aufbauend auf die Theorie der sozialen Produktionsfunktionen wird der allgemeinen Annahme gefolgt, dass Menschen mit Behinderungen nicht die gleichen Möglichkeiten wie Menschen ohne Behinderungen haben, Ressourcen, instrumentelle Ziele und letztlich Wohlbefinden zu erlangen. Soziale Teilhabe und

Arbeitsmarktintegration scheinen bedeutsame Mechanismen hinter den angesprochenen Disparitäten zu sein. Das Sozialsystem eines Landes auf der Makroebene prägt ebenso Unterschiede im subjektiven Wohlbefinden zwischen Gruppen. Die Hauptziele dieses Beitrags bestehen entsprechend darin, den Unterschied im subjektiven Wohlbefinden zwischen Menschen mit und ohne Behinderungen zu analysieren. Inwieweit lässt sich dieser Unterschied durch Unterschiede in sozialer Teilhabe und Arbeitsmarktintegration erklären, und wie prägt das Wohlfahrtsstaatsregime den Unterschied in subjektivem Wohlbefinden zwischen Menschen mit und ohne Behinderungen? Im Kern der Forschung stehen Mehrebenenanalysen von kumulierten Daten des European Social Survey aus 31 europäischen Ländern. Die Ergebnisse weisen darauf hin, dass Menschen mit Behinderungen ein signifikant geringeres subjektives Wohlbefinden zeigen als Menschen ohne Behinderungen. Wohlfahrtsstaatsregimes moderieren diesen Unterschied, wobei die Performanz der skandinavischen sozialdemokratischen (und familienorientierten) Länder hinsichtlich der Bereitstellung gleicher Lebensbedingungen für Menschen mit und ohne Behinderungen offenbar im Vergleich am stärksten erscheint.

**Schlüsselwörter:** Sozialpolitik · Inklusion · Wohlbefinden · Ungleichheiten · Mehrebenenanalyse

**Andreas Hadjar**

Sociology, Social Policy and Social Work. University of Fribourg  
STA 01, bu. 2.102, Rte Bonnesfontaines 11, CH-1700 Fribourg, Switzerland  
andreas.hadjar@unifr.ch

### **Alles beim Alten? Bildungserträge höherer beruflicher und akademischer Abschlüsse vor und nach Bologna**

*Anja Hall*

*KZfSS 73, 2021: 527-553*

**Zusammenfassung:** Mit Einführung der kürzeren Bachelorabschlüsse im Zuge des Bologna-Prozesses ist eine neue Konkurrenzsituation zwischen der höheren Berufsbildung und der akademischen Bildung entstanden. Ob sich die Erträge einer beruflichen Höherqualifizierung seit Bologna verändert haben, wird im Beitrag aus einer beruflichen Perspektive heraus untersucht, und zwar (1) im Vergleich zu dual Ausgebildeten ohne berufliche Höherqualifizierung und (2) gegenüber akademischen Abschlüssen (Diplom-FH-Abschlüsse oder Bachelor). Der „Bologna-Effekt“ wird auf Basis der Erwerbstätigenbefragungen (ETB) des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) und der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) 2006 und 2018 und eines Difference-in-Difference-Ansatzes modelliert. Dabei werden die Abschlusskohorten 2006–2017 (ETB 2018) und 1994–2005 (ETB 2006) jeweils (maximal) 12 Jahre nach Abschluss verglichen. Die Analysen zeigen unterschiedliche Entwicklungen in den untersuchten Berufsfeldern. Während für die Gesamtgruppe der beruflich Höherqualifizierten und für die Subgruppe der technischen Fortbildungen keine Veränderungen über die Kohorten festzustellen sind, erzielen beruflich Höherqualifizierte in kaufmännisch-wirtschaftswissenschaftlichen Fortbildungsberufen nach Bologna eine geringere Lohnprämie im Vergleich zu dual Ausgebildeten als vor Bologna. Die

Wahrscheinlichkeit, eine hochqualifizierte Tätigkeit auszuüben, ist jedoch für beide Berufsfelder unverändert hoch. Die Analysen liefern damit insgesamt keine Belege für eine Verdrängung oder Entwertung höherer Berufsbildungsabschlüsse. Im Gegenteil, der Abstand zu formal gleichwertigen akademischen Abschlüssen ist heute geringer als vor der Bologna-Reform.

**Schlüsselwörter:** Höhere Berufsbildung · Bachelorabschlüsse · Bologna-Prozess · Einkommen · Verdrängung

**Abstract:** The introduction of the two-cycle structure of academic education as part of the Bologna Process has created a new competitive situation between higher vocational training and academic education. Taking an occupational perspective, this article analyses whether the returns to higher vocational education and training have changed with the Bologna Process, both (1) in comparison to basic dual-vocational training and (2) in comparison to academic degrees (applied university degrees and bachelor's degrees). The analyses of the “Bologna effect” based on data from the 2006 and 2018 Employment Surveys of the German Federal Institute for Vocational Education and Training (BIBB) and the Federal Institute for Occupational Safety and Health (BAuA) use a difference-in-difference approach by comparing two cohorts, the 2006–2017 (ETB 2018) cohort and the 1994–2005 (ETB 2006) cohort. The analyses consider workers a maximal period of 12 years after completion of their respective degrees. The results point to different developments depending on the occupational field associated with an acquired degree. Whereas no changes across the cohorts can be observed for the overall group of workers with higher vocational training degrees or for the subgroup of those with technical higher vocational training, workers with higher vocational degrees in commercial and economic fields are achieving lower wage premiums after the Bologna process compared to workers with basic vocational training in that field. Moreover, the probability of working in a highly qualified occupation remains high for both occupational fields. Thus, the analyses do not provide any evidence of displacement or devaluation of higher vocational training degrees. On the contrary, the distance to formally equivalent academic degrees is shorter today than before the Bologna reform.

**Keywords:** Higher vocational qualifications · Bachelor degrees · Bologna process · Wages · Displacement

**Anja Hall**  
Bundesinstitut für Berufsbildung  
Robert-Schumann-Platz 3, 53175 Bonn, Deutschland  
hall@bibb.de

### **Within-Track Differentiation and Leisure Activities as Strategies of Distinction**

*Tim Sawert · Anna Bachsleitner*  
*KZfSS 73, 2021: 555-578*

**Abstract:** The socially inclusive educational expansion during the last few decades in Germany diluted the previous “elite” status of the Gymnasium and its certificate, the Abitur. In the absence of explicit “elite” institutions, unlike the UK, the USA or France, the question remains

how social privilege is intergenerationally transferred in times of educational expansion? Several studies on this topic focused on distinction either through horizontal educational differentiation or via distinctive leisure activities. Building on Bourdieu's theory of distinction and Lareau's study on child-rearing practices, we argue that it is the set of different strategies of distinction that serves as a mechanism to reproduce privilege. Hence, we ask the question how parents' and grandparents' educational background influences the probability of applying a whole set of distinctive strategies. To test our assumptions, we use data from the youth questionnaire of the German Socio-Economic panel and analyse the effect of educational background on the application of distinctive educational strategies and distinctive leisure practices and the combination of both domains. The results indicate three main findings: first, having parents with an academic education increases the probability of applying any of the distinctive strategies under consideration. Second, having academically educated grandparents increases the probability of combining distinctive strategies within one domain. Third, the data do not support the assumption that the combination of curricular and leisure practices is particularly socially stratified.

**Keywords:** Intergenerational mobility · Educational inequality · Effectively maintained inequality · Elite education · Cultural activities

**Zusammenfassung:** Die sozial integrative Bildungsexpansion der letzten Jahrzehnte hat in Deutschland den früheren „elitären“ Status des Gymnasiums und seines Abschlusses, des Abiturs, verwässert. Da es im Gegensatz zu Großbritannien, den USA oder Frankreich in Deutschland keine expliziten „Elite“-Institutionen gibt, bleibt die Frage, wie soziale Privilegien in Zeiten der Bildungsexpansion intergenerationell weitergegeben werden. Mehrere Studien zu diesem Thema konzentrierten sich auf die Distinktion entweder durch horizontale Bildungsdifferenzierung oder durch distinktive Freizeitaktivitäten. Aufbauend auf Bourdieus Theorie der Distinktion und Lareaus Studie zu sozial geschichteten Praktiken der Kindererziehung argumentieren wir, dass es die Gesamtheit der verschiedenen Distinktionsstrategien ist, die als Mechanismus zur Reproduktion von Privilegien dient. Daher stellen wir die Frage, wie sich der Bildungshintergrund der Eltern und Großeltern auf die Wahrscheinlichkeit auswirkt, eine ganze Reihe von Distinktionsstrategien anzuwenden. Um unsere Annahmen zu testen, verwenden wir Daten aus der Jugendbefragung des Sozio-oekonomischen Panels und analysieren die Auswirkungen des Bildungshintergrunds auf die Anwendung von distinktiven Bildungsstrategien und distinktiven Freizeitpraktiken sowie die Kombination beider Bereiche. Die Ergebnisse deuten auf drei wesentliche Befunde hin: Erstens erhöht ein akademisch gebildetes Elternhaus die Wahrscheinlichkeit, eine der betrachteten distinktiven Strategien anzuwenden. Zweitens erhöht sich bei zusätzlich akademisch gebildeten Großeltern die Wahrscheinlichkeit, bestimmte Strategien innerhalb eines Bereichs zu kombinieren. Drittens widerlegen die empirischen Befunde die Annahme, dass die Kombination distinktiver schulischer und Freizeitpraktiken besonders distinktiv ist.

**Schlüsselwörter:** Intergenerationale Mobilität · Bildungsungleichheiten · Effectively maintained inequality · Elitenbildung · Kulturelle Aktivitäten

**Tim Sawert**

Johannes Gutenberg Universität Mainz

Jakob-Welder-Weg 12, 55128 Mainz, Deutschland

tim.sawert@uni-mainz.de